

103. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
13. April 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Für Bürgerrechte - Löschen statt Sperren - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 16/3552

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist so weit: Das Netzsperrengesetz, das federführend von der CDU - leider aber auch von der SPD - verabschiedet wurde, ist vom Tisch. Es ist nie ein taugliches Mittel zur Bekämpfung von Kinderpornografie gewesen; denn die Sperren wären viel zu leicht zu umgehen gewesen. Viele Juristinnen und Juristen haben das Gesetz als in Teilen verfassungswidrig beurteilt; eine Minderheit allerdings nicht. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Das Aufstellen von Stoppschildern im Internet erfüllt nur eine Alibifunktion und hilft gegen Kinderpornografie gar nicht. Sperrlisten lassen sich auch kaum dauerhaft geheim halten, und wenn sie dann öffentlich werden, sind sie auch noch ein Wegweiser für diejenigen, die an Kinderpornografie interessiert sind. In Dänemark sind solche Listen öffentlich geworden. Im Übrigen waren dort 90 % der in diesen Listen aufgeführten Seiten ohne kinderpornografische Inhalte.

Das bringt mich zu einem weiteren Aspekt: Wenn erst mal eine Sperrinfrastruktur eingerichtet ist, dann wachsen die Begehrlichkeiten. Man muss nicht besonders pessimistisch sein, um da Befürchtungen zu haben. Das zeigen auch Fakten. Die Musikindustrie hat schon deutliches Interesse bekundet, und auch die innenpolitischen Hardliner von CDU und CSU zeigen Interesse. Wie weit diese Zensurwünsche gehen, kann man z. B. in einem Beitrag vom 6. April auf der Internetseite des NDR nachlesen, in dem der niedersächsische Innenminister Schünemann mit den Worten wiedergegeben wird, er fordere, extremistische Internetseiten zu löschen. Wir sollten bitte nicht vergessen, wer in diesem Bundesland definiert, was „extremistisch“ ist. Das macht nämlich der Verfassungsschutz unter der Ägide von Herrn Schünemann selbst. Wir alle sollten uns einmal sehr ernsthaft überlegen, worin es enden kann, wenn solche Maßstäbe für Sperren oder Löschen im Internet angelegt werden. Es ist also gut, dass das Netzsperrengesetz jetzt vom Tisch ist.

(Ulf Thiele [CDU]: Der Minister sollte die Homepage der Linken aus dem Netz löschen!)

Ja, das kann ich mir denken, Herr Thiele. Der Innenminister sollte die Homepage der Linken gleich aus dem Netz nehmen. Das könnte Ihnen so passen. Danke. Genau das habe ich gemeint. Sie haben es auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Tatsache, dass besagtes Gesetz jetzt vom Tisch ist, verdanken wir vielen Menschen, die im Netz und auf der Straße gegen dieses Gesetz gekämpft haben. 130 000 Menschen haben eine Petition gegen dieses Gesetz online unterzeichnet.

Meine Damen und Herren, für die Bekämpfung strafbarer Inhalte im Netz gibt es Möglichkeiten. Hier ist auch dargestellt worden, wie erfolgreich entsprechende Löschaufträge ins Ausland sind. Das funktioniert sehr gut. Problematisch allerdings ist, dass beim BKA nur 6,3 Stellen mit dem Arbeitsschwerpunkt „Löschen statt Sperren“ verankert sind. Das bezeichnete auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP als Vollzugsdefizit - und zwar völlig zu Recht.

Angesichts der von mir aufgeführten Fakten kann man klaren Verstandes nicht mehr für Netzsperrungen sein. Deshalb ist es richtig, dass die FDP dies jetzt auch nicht mehr ist. Wir sollten denjenigen dankbar sein, die gegen dieses Gesetz protestiert haben. Wir sollten allerdings auch einmal gucken, ob der Versuch der FDP, sich in Abgrenzung zur CDU als Verfechter der Freiheit im Internet zu profilieren, angesichts der Positionen, die die FDP sonst einnimmt, angemessen ist.

Wie verhält es sich? Was sagt die FDP zu einem anderen wichtigen Thema der Netzpolitik, nämlich zum Thema der Netzneutralität? - Netzneutralität bedeutet, dass Daten unabhängig von Inhalt und Herkunft mit der gleichen Priorität und der gleichen Geschwindigkeit durchs Netz geleitet werden, bis auf technisch begründete Ausnahmen. Jetzt gibt es Bestrebungen, zahlungskräftigen Kunden höhere Prioritäten und damit höhere Geschwindigkeiten einzuräumen. Was sagt die FDP zu diesem Angriff auf den demokratischen Charakter des Internets? Was sagt sie zu der Forderung und zum Antrag der Linken im Bundestag, Netzneutralität abzusichern und damit z. B. auch die Interessen nicht so finanzstarker kleiner und mittelständischer Unternehmen wahrzunehmen? - Claudia Bögel, Mittelstands- und IT-Beauftragte der FDP, sagte, es dürfe nicht zu einer sozialistischen Gleichmacherei im Netz kommen. - Jimmy Schulz, Obmann der FDP-Fraktion in der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“, sagte, das Sozialismusinternet hätten wir schon in China. - Wissen Sie, erstens ist das schon in sich falsch; denn es ist überhaupt nicht sozialistisch, Internetinhalte zu zensieren. Zweitens zeigt das, dass die FDP die Chancen und den demokratischen Charakter des Internets überhaupt noch nicht begriffen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hat nicht verstanden, dass die prinzipiell gleiche Möglichkeit der Verbreitung von Meinungen für alle die Chance des Internets für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Demokratie ist. Dabei müssten Sie das nach Iran, Ägypten und Tunesien aber eigentlich begriffen haben. Stattdessen stellen Sie sich mit Ihrem Sprachgebrauch und Ihren Positionen an die Seite der erzreaktionären US-amerikanischen Tea-Party, die dieses Thema genauso sieht wie Sie.

Liebe FDP, Ihr heutiger peinlicher Profilierungsversuch als Verteidiger der Freiheit des Internets ist so glaubwürdig wie ein Frosch, der sagt, er wolle jetzt den Sumpf austrocknen. Beim Glücksspielstaatsvertrag werden wir dann sehen, ob Sie sich auch gegen die in ihm vorgesehenen Netzsperrungen wenden werden.

Meine Damen und Herren, die Linke hat das Grundgesetz gelesen. Wir wissen, dass nach Artikel 5 eine Zensur nicht stattfinden darf. Ich verspreche Ihnen für die Linke, dass wir diesen Grundsatz mit aller Kraft verteidigen werden. Machen Sie bei der FDP weiter mit Ihrer Klientelpolitik für Reiche, die sich nach Ihren Vorstellungen mehr Meinungsmacht im Internet sollen kaufen können. Die Linke wird weiter für ein konsequentes Löschen strafbarer Inhalte im Netz, aber gegen jede Zensur kämpfen. Die Linke wird weiterhin gleiche Rechte und Chancen sowie Freiheit und Demokratie im Internet verteidigen - und auch sonst. Versprochen!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)